

KURZBESPRECHUNGEN

AMNESTY INTERNATIONAL

Politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland

2. Auflage. Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1977. 366 S. DM 8,80.

AMNESTY INTERNATIONAL

Bewährungsprobe für ein Grundrecht.

Mit Beiträgen von Otto Deutsch, Otto Kimminich, Göran Melander, Reinhard Marx, Regina Heine. Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1978. 507 S. DM 11,80.

Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes bestimmt: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Davon wollten 1970 noch 8645 Personen Gebrauch machen; 1976 waren es 11 125 und 1977 bereits 16 410. Statt der ursprünglich dominierenden Ostblock-Flüchtlinge (1970: 85,5 %), bilden das Gros heute die Asylbewerber aus der Dritten Welt (Anteil 1976: 60,6 %; 1977: 64,7 %). Vor allem diese Veränderung der Flüchtlingsstruktur, ganz abgesehen von der quantitativen Dimension, stellt die Asylpraxis der Bundesrepublik vor wachsende Probleme. Ihrer Darstellung und kritischen Durchleuchtung widmen sich die beiden Publikationen von ai mit dem gewohnten menschenrechtlichen Engagement. Neben einem gediegenen Überblick über die Geschichte des Asylrechts aus der Feder von Kimminich finden sich – exakt dokumentiert und juristisch wie statistisch sorgfältig unterfüttert – beachtliche Plädoyers für jene „Generosität“ (Carlo Schmid), die dem Parlamentarischen Rat seinerzeit bei der Normierung des Asyl-Grundrechts 1948 als Praxis-Maxime vorgeschwobt hat. Der Leser indes sollte eines im Auge behalten: Das Privileg jedes Plädierenden ist es, nur der eigenen Position verpflichtet zu sein. Zur flankierenden Lektüre unbedingt empfohlen sei daher, was den Bundesgesetzgeber letzthin bewogen hat, mit dem Beschleunigungsgesetz vom 25. Juli 1978¹ das Asylverfahren im Interesse unabdingbarer Mißbrauchsabwehr drastisch zu reformieren.²

Karl Hernekamp

VON MICHAEL FREMEREY

Studenten und Politik in Indonesien

Eine Analyse zur Rolle der jungen indonesischen Intelligenz im politischen Prozeß. Arnold-Bergstraesser-Institut: Materialien zu Entwicklung und Politik, Nr. 17, Weltforum Verlag, München, 1978.

Die vorliegende Untersuchung reiht sich ein in den Kreis der Studien, die die politische Rolle der Studenten in den Ländern der Dritten Welt zum Gegenstand hat.

Ausgangspunkt ist die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die indonesische Studentenschaft den Anspruch eines politischen Korrektivs erfüllen kann. Als notwendige Voraussetzung dieser Funktion postuliert der Verfasser das Vorhandensein von folgenden politischen Einstellungsmerkmalen: politisches Interesse; die kritische Anteilnahme am politischen Geschehen; das Gefühl der politischen Kompetenz; die Bereitschaft, abweichende po-

1 Bundesgesetzblatt 1978 I, S. 1108.

2 Vgl. Bundestags-Drucksachen 8/1719; 8/1836; 8/1936.